

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 6 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Die deutsche Bauwirtschaft in Gegenwart und nächster Zukunft

Die Lage der deutschen Bauwirtschaft hat in den letzten Wochen eine so ungünstige Wendung erfahren, daß in absehbarer Zeit eine jähere Krise zu befürchten steht. Schuld daran trägt in erster Linie die riesige Verteuerung der Bautätigkeit, wodurch heute die Kosten für eine Wohnung mit der Grundfläche von 70 Quadratmetern auf 600 000 bis 700 000 Mark hinaufgeschwollen sind. Konnte man im November des vergangenen Jahres die Kosten für den Kubikmeter umbauten Raumes noch mit etwa 400 Mark berechnen, so betragen sie heute 2000 Mark und mehr. Also innerhalb einer Frist von sieben Monaten eine Verteuerung um das Fünffache!

Es ist verständlich, daß unter dieser Verteuerung in erster Linie die staatlich bezuschusste Wohnungsbautätigkeit zu leiden hat, da die im Frühjahr vom Reichstag zur Verfügung gestellten Mittel beschränkt sind und der Verteuerung nicht angepaßt werden können. Bekanntlich hatte der Reichstag die Mittel zur Bezuschussung von 200 000 Wohnungen in Höhe von sechs Milliarden Mark bewilligt, die auf die einzelne Wohnung etwa einen Zuschuß von 30 000 Mark ausmachten. Ein Betrag in dieser Höhe „zur Abmilderung des unrentierlichen Bauaufwandes“ bedeutet jedoch heute bei einem Preise von mehr als 600 000 Mark für eine Wohnung natürlich so viel wie gar nichts, und so sah sich die Regierung gezwungen, den Zuschuß immer mehr zu erhöhen — heute (seit 18. Mai d. J.) bereits bis auf 126 000 Mark insgesamt für eine Wohnung von 70 Quadratmeter Grundfläche —, wodurch aber andererseits die Zahl der zu bezuschussenden Wohnungen erheblich vermindert wurde. Mit den sechs Milliarden, die größtenteils auf dem Anleihewege auf Grund der neuen zehn Jahre lang zu erhebenden 40prozentigen Wohnungsbaubehälter aufgebracht wurden, kann man heute noch etwa 50 000 Wohnungen bezuschussen. Damit ist also das Wohnungsbauprogramm des Reichstages tatsächlich ins Wasser gefallen. Anstatt 200 000 neuer Wohnungen werden wir bestenfalls 1/4 dieser Anzahl in diesem Jahre erhalten.

Die private Wohnungsbautätigkeit hatte sich eingangs dieses Jahres nicht ungünstig angelaufen. Sehr viele Bauabsichten waren lange zurückgestellt worden; die verhältnismäßig günstige Konjunktur der deutschen Wirtschaft im vergangenen Winter hatte manchem zur Durchführung lange zurückgestellter Wünsche und Pläne Veranlassung gegeben. Dazu hatte auch vielfach die Industrie mit einer lebhaften Bautätigkeit zwecks Unterbringung neuer Arbeiter und Angestellten begonnen. Die riesige Preissteigerung der letzten Monate und Wochen scheint aber doch in erheblichem Umfange abkühlend auf die Erteilung neuer Aufträge zu wirken. Seitens kapitalträgender Bauherren und gut beschäftigter Industrien wird man wohl die einmal geplanten Bauten durchführen, neue Aufträge aber dürfte man zumindest erheblich einschränken.

Die öffentlichen Verbände, Reich, Länder und Gemeinden, waren zu Beginn des Baujahres mit einer Fülle von Bauaufträgen herausgekommen, da man in den vorhergehenden Jahren eine über große Zurückhaltung geübt hatte, jetzt vielfach aber nicht mehr länger warten konnte. Gerade infolge dieser übermäßigen gleichzeitigen Auftragserteilung erleben wir augenblicklich diese ungeheure Ueberkonjunktur im Baugewerbe, die in Folge durch eine schwerwiegende Reaktion abgelöst werden dürfte.

Es muß unumwunden ausgesprochen werden, daß die deutsche Bauwirtschaft der Gegenwart von der so oft geforderten Planmäßigkeit weiter entsetzt ist, als je. Eine Fülle lange zurückgehaltener Aufträge drängen sich jetzt auf wenige kurze Sommermonate zusammen. Die Aufträge bei den Baustofflieferanten häufen sich. Die notwendige Folge ist

ein starkes durch die Produktionskosten nicht bedingtes Anzeichen der Baustoffpreise, die heute sämtlich einen erheblichen Konjunkturaufschlag enthalten.

**Hierin liegt zu einem ganz erheblichen Teile die ungeheuerliche Verteuerung der ganzen Bautätigkeit begründet.** Hier möge der Herr Minister Brauns eingreifen! Während die Löhne um das 30- bis 40fache gegenüber den Vorkriegszeiten gestiegen sind, ist es bei den Baustoffpreisen der 80-110fache Satz, der heute gezahlt werden muß. Während der Anteil der Löhne an den Baukosten vor dem Kriege gegenüber den Baustoffen etwa 50 Prozent betrug, ist ihr Anteil heute auf 25-30 Prozent gesunken, während der Anteil der Baustoffkosten auf 70-75 Prozent gestiegen ist.

Wenn es nicht gelingt, in absehbarer Zeit die Kosten der Bautätigkeit in beträchtlichem Umfange zu verringern, geht das deutsche Baugewerbe einer sehr ungewissen Zukunft entgegen. In seinem eigenen Interesse, ebenso wie im Interesse der Allgemeinheit, muß es sich deshalb gegen die unbegründete Höhe der Baustoffpreise zur Wehr setzen. In dieser Hinsicht von einer großen staatlichen Aktion sofortige Hilfe und Rettung zu erwarten, dürfte zu viel gehofft sein. Gegenwärtig verpricht die Selbsthilfe besseren Erfolg. Es müßte doch möglich sein, in einzelnen Zweigen der Baustoffindustrie, namentlich dort, wo die Preissteigerung gar zu scharfe Formen angenommen hat, Gebilde zu schaffen, die ähnlich wie unsere Bauproduktionsgenossenschaften als Preisregulatoren und Preiskontrolleure wirken. Es müssen mit Hilfe öffentlicher Kredite gemeinnützig arbeitende Baustoffbetriebe geschaffen werden, insbesondere in der Ziegel- und Kalkindustrie. Vor allem aber muß bald etwas geschehen.

In der Öffentlichkeit besteht leider wenig Meinung, neue erhebliche Geldmittel für den Wohnungsbau bereit zu stellen. Und doch ist das unbedingt notwendig, wenn nicht die Bautätigkeit völlig zum Erliegen kommen soll. Das würde eine katastrophische Bedeutung, insbesondere angesichts der ungeheuren Wohnungsnot, in der sich heute Millionen deutscher Volksgenossen befinden. Man wird sich deshalb auch in der deutschen Mieterchaft zu der Erkenntnis durchringen müssen, neue große Opfer für die Bekämpfung der Wohnungsnot zu bringen. Ueber kurz oder lang brauchen wir eine wesentliche Erhöhung der Wohnungsbaubehälter. Diese wird man aber nur dann bewilligen, wenn man der Ueberzeugung ist, daß nicht wieder Milliarden als Konjunkturgewinn der Baustoffindustrie zufließen.

Aus alledem ergibt sich mit Notwendigkeit der Schluss, daß es die höchste Zeit ist, mit der stiefmütterlichen Behandlung der Bau- und Wohnungsprobleme in der Öffentlichkeit zu brechen. Wir stehen bereits am Rande des Abgrundes! Es fehlen uns in Deutschland bereits weit über eine Million Wohnungen. Der Damm, den man gegen ein weiteres Anschwellen der Wohnungsnot mit dem Programm der jährlichen Erstellung von 200 000 Wohnungen aufgestellt hatte, ist von der Preisentwicklung, wie oben dargelegt, eingerissen. Mit Notwendigkeit muß sich jetzt die Wohnungsnot Monat für Monat um 10-12 000 fehlende Wohnungen vermehren.

Gedenkt man hiergegen nichts zu unternehmen? Müht man nicht die ungeheure Gefahr, die hier unserer Bevölkerungspolitit droht? Sieht man nicht, wie wir französischen Zuständen in dieser Hinsicht zutreiben?

Soviel Wohnungen fehlen, soviel junge Ehepaare werden gehindert, für einen Familienzuwachs Sorge zu tragen. Gedenkt man nicht die Folgen in sittlicher und religiöser Beziehung? Oder glaubt man, die zahllosen jungen, in einem Zimmer, einer Küche oder sonstigen Nebelräumen hausenden Eheleute mit Moralpredigten auf dem Wege der Pflicht und Moral zu halten? Täusche man sich nicht über das Gewicht des Druckes, den die Wohnungsnot heute schon in dieser

Hinsicht ausübt! Die Geburtenstatistik der nächsten Monate und Jahre könnte uns sonst böse Ueberraschungen bereiten.

Wir fordern demgegenüber mit allem Nachdruck Regierung und Reichstag auf, der Bekämpfung der Wohnungsnot ihr ernstestes Augenmerk zu schenken. So bitter die Aufgabe ist, sie muß trotzdem angepackt werden. Nur ein einheitliches, von vollstem Verantwortungsfühl getragenes Zusammenstehen aller Kreise kann unser Volk vor der ungeheuren Gefahr eines völligen Zusammenbruchs unseres Wohnungswesens bewahren!

### Gemeinschaftsarbeit oder Klassenkampf?

#### Die Stellung der „freien“ Gewerkschaften

Für den im vergangenen Monat in Leipzig abgehaltenen 2. Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (freie Gewerkschaften) war bezeichnend das hartnäckige Bestreben, insbesondere der radikalen politischen Richtungen der sozialdemokratischen Parteibewegung, auch die Wirtschaftspragen entscheidend in ihrem Sinne zu beeinflussen. Am deutlichsten hat sich das wohl gezeigt bei der Beratung des Tagesordnungspunktes: „Der Kongreß wolle beschließen, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten.“ Bei der Abstimmung waren 3,8 Millionen Mitgliederstimmen dafür, 3,5 Millionen Stimmen dagegen. Für den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft stimmten die Metallarbeiter einheitlich, ebenso die Gemeinde- und Staatsarbeiter, ferner der Zentralverband der Schuhmacher, der überwiegende Teil der Textilarbeiter; geteilt waren die Stimmen der Transportarbeiter und Eisenbahner. Gegen den Austritt stimmten: einheitlich die Landarbeiter, der überwiegende Teil der Bergarbeiter, der Holzarbeiter, der Brauerei- und Mühlenarbeiter, die Buchbinder und Buchdrucker, die Fabrikarbeiter, die Maschinisten und Feizer und die Tabakarbeiter.

Der die Fortführung der industriellen Gemeinschaftsarbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft ablehnende Beschluß erfuhr dann bald eine Korrektur dadurch, daß der Kongreß nachher in seiner großen Mehrheit der Vorstandserklärung zustimmte, in der ausgesprochen wird, daß ein großer Teil der Delegierten durch ihre Abstimmung nicht betunden wollte, daß sie prinzipielle Gegner der Arbeitsgemeinschaft seien, und in der der Bundesleitung erneut die Ermächtigung zur Weiterführung der arbeitgemeinschaftlichen Politik gegeben wird. — Damit ist dem ursprünglichen Beschluß viel von seiner Schärfe genommen. Die Vorgänge in Verbindung mit anderen in Leipzig bezugenen jedoch, daß die unentwegten Wählerkreise der radikalen Kreise der Unabhängigen und Kommunisten in den freien Gewerkschaften nicht ohne Wirkungen geblieben sind, und wie sehr die auf eine verständnisvolle Zusammenarbeit aller Faktoren der Wirtschaft gerichteten Bemühungen der Bundesleitung gefährdet erscheinen.

Man wird sich das Ergebnis von Leipzig u. a. auch damit zu erklären haben, daß ein großer Teil der lokalen Führer der Gewerkschaften, von den Massen ganz zu schweigen, in Zweck und Wesen der industriellen Gemeinschaftsarbeit kaum oder gar nicht eingedrungen ist. Die Gemeinschaftsarbeit zwischen den Verbänden der gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wie sie seit dem November 1918 aufgenommen worden ist, liegt nicht etwa im einseitigen Interesse der Arbeitgeber oder der Kapitalisten, wie die Radikalen den Massen vorreden, sondern eben so sehr, wenn nicht noch mehr, im demselben aller Arbeitnehmer. Nur mit Hilfe der Gemeinschaftsarbeit werden wir unsere Wirtschaft, unter deren Zusammenbruch die Arbeitnehmer stets stärker leiden werden als die verhältnismäßig wenigen Unternehmer, wieder aufbauen können. Was unter diesen Gesichtspunkten die Gemeinschaftsarbeit für die ersteren zu bedeuten hat, ist in ganz vorzüglicher, überzeugender Weise der Reichheitssozialist und Gewerkschaftsführer W. Dietrich in einem Schriftchen: „Der Streit um die Arbeitsgemeinschaft“ (Berlin, Finverlag) dargestellt.

Bei der Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft spielen ohne Zweifel rein politische Erwägungen eine Rolle mit.

Österroth schreibt aber: „Man darf die Frage der Zugehörigkeit zu den Arbeitsgemeinschaften gar nicht ausschließlich vom politischen Standpunkt aus beurteilen, wie es viele Kritiker im eigenen Lager und auf kommunistisch-syndikalistischer Seite tun. Der Grund allen Lebens ist die Wirtschaft, und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft und des Volksganges müssen bei der Beurteilung der Streitfrage ausschlaggebend sein. Ohne die Arbeitsgemeinschaft wären die letzten zweiinhalb Jahre ohne Zweifel viel kampfintensiver gewesen, aber die menschlichen Erwerbsstätten: Schacht, Mühle und Werkstätte hätten viele Tage leer gestanden, und wir wären um sehr viele Produktionsgüter ärmer. Glaubt man, daß dadurch der Kapitalismus als Träger einer Wirtschaftsjorm unterhöhlt oder vernichtet worden wäre? Daß die Arbeitermassen eine stärkere Position erlangt hätten? Daß der eberne Gang der revolutionären Entwicklung dadurch beschleunigt worden wäre? Der Illusionär mag glauben, daß es so gekommen wäre, der nüchtern prüfende Wirtschaftspolitiker und Gewerkschafter wird das mit vielen Gründen verneinen dürfen. Hier entsteht nur die Frage, ob das deutsche Volk es sich leisten konnte, verzehrende wirtschaftliche Kämpfe mit ihrer produktionshemmenden Wirkung zu ertragen, wenn man ohne diese Kämpfe mindestens dasselbe erreichen konnte.“

Tatsächlich gehen die Gewerkschaften heute in den Arbeitsgemeinschaften keinen anderen Weg, als den sie mit ihrer Tarifpolitik seit Jahren verfolgt haben. Das hat niemand schärfer betont, als der sozialistische Führer Karl Legien. Ist so gesehen die heutige Gemeinschaftsarbeit nur eine Fortsetzung der früheren Tarifpolitik, also bewährter Gewerkschaftsarbeit, so ist nur die Umstände, auch den künftigen Bedürfnissen der Arbeiter und Gewerkschafter zu dienen. Wir reden, so bemerkt nach dieser Richtung hin wiederum Deckerhoff, von Demokratisierung und Sozialisierung der Wirtschaft und der Kontrolle der Betriebe und der Produktion, und können uns dabei selbst ganz genau. Wir müssen ehrlich eingestehen, daß uns in all diesen Dingen die Arbeitnehmer und ihre sehr beschränkten Vertreter doch noch einige Rastentagen voraus sind, und jeder, der Gelegenheit hat, in den letzten zweiinhalb Jahren an den nicht abbrechenden Verhandlungen auf allen Gebieten der Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen, wird ehelicherweise zugestehen müssen, daß er im alltäglichen Kräfte-messen mit der Gewerkschaft sehr viel gelernt hat und noch viel lernen kann. Hier liegt das Wort, und hier liegt auch einer der großen Vorteile der Arbeitsgemeinschaft. Sie ist eine großartige Möglichkeit für den erwachsenen Gewerkschaftsmann, um in Probleme einzudringen, die ihm vorher fast völlig verschlossen waren. Durch diese Schule müssen die Gewerkschaften unbedingt durch: sie bietet viel mehr als alle Bücherweisheit und aller theoretischer Unterricht, weil sie die unknüpften Probleme von allen Seiten praktisch aufzeigt.“

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe ist leider zu keiner vollen Auswirkung gekommen, weil der Deutsche Bauarbeiterverband unter dem Einfluß seiner radikalen Mitglieder bereits auf dem Kartlsruher Verbandstag 1920 den Austritt beschlossen hatte. Der „freie“ Zimmererverband, der bisher der Ar-

beitsgemeinschaft noch angehörte, ist auf Grund eines Beschlusses seines letzten Verbandstages (Mai 1922) jetzt ebenfalls aus der Arbeitsgemeinschaft ausgeschieden. Dagegen gehört die freigeberliche Technikerorganisation der Arbeitsgemeinschaft noch an. Die Stellungnahme unseres Verbandes ist natürlich dieselbe geblieben: Wir halten grundsätzlich und praktisch am Gedanken der Arbeitsgemeinschaften fest.

## II. Kongress der christlichen Gewerkschaftsinternationale

(Schlußbericht.)

Die weiteren Kongressverhandlungen brachten die Zielzunahme der christlichen Gewerkschaften zur gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft. Die Referate rollten die Grundursachen der Krise unserer Weltwirtschaft in prägnanter Weise auf und machten durchgreifende Vorschläge für die Wiedergewinnung.

Zunächst behandelte Baktrusch (Deutschland)

### Die heutige Finanzwirtschaft der Welt und die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer.

Der Redner führte u. a. aus, daß die Regulierung der Währungen und Devisenkurse eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiedergewinnung der Welt, für die Wiederherstellung der normalen Verhältnisse und damit auch für die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter aller Länder ist. Was vor allen Dingen not tut, ist die Konsumkraft der valutaschwachen Länder, die teilweise gründlich zerstört ist, wieder zu heben. Es ist ein falscher Glaube, anzunehmen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung wieder in Gang gebracht werden kann, wenn die Produktion der Schuldverschreibungen sich gründlich hinsichtlich der Lebensmittel und Verbrauchsmittel einschränkt. Solche Einschränkungen bedeuten weitere Arbeitslosigkeit für die Länder mit hohem Geldkurs. Eine weitere Ursache der Störungen der Weltwirtschaft ist die Passivität der Handelsbilanz in den sonst wirtschaftlich hervorragenden Ländern. In den Gläubigerstaaten kann das vorhandene Kapital nicht einsetzt ausgenutzt werden, die vom Kriege betroffenen Länder sind zu arm, um ihre Bedürfnisse und herangezogenen Produktionsmittel wieder herzustellen. Die Inflation nimmt bei diesen Ländern weiter ihren Fortgang. Man hat diesen Staaten das Mittel anzuweisen, in erster Linie ihren Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. So notwendig das ist, so wird dieses Mittel allein doch nicht helfen. Denn die Vermehrung der Steuern kann über ein bestimmtes äußerstes Verhältnis zur nominalen Vermehrung der Einnahmen nicht hinausgehen. Eine dritte Hauptursache der Störungen der Weltwirtschaft ist in der Welt ist eine bis ins Unermeßliche gesteigerte Verschuldung der vom Krieg am unmittelbarsten betroffenen Länder. Als Endergebnis kommt heraus, die weitere Verwahrlosung der Lebenshaltung der breiten Massen der Schuldverschreibungsländer und mit ihnen die der ganzen Welt. Die Arbeitnehmerschaft der Schuldverschreibungsländer ist nicht gewillt, sich ihre kümmerliche Lebenshaltung noch weiter verschlechtern zu lassen. Und wenn heute die Arbeitnehmer der schwer betroffenen Länder erbitterte Kämpfe führen, um die Erhaltung ihrer immer noch unzureichenden Lebenshaltung, dann sind diese Kämpfe weiter nichts als die Verteidigung der erreichten Notlage gegen die Geldentwertung. So gedacht, erfüllen die um ihre Existenz kämpfenden Arbeitnehmerschaften geradezu eine weltwirtschaftliche Aufgabe. Redner schloß mit der Hoffnung,

daß der Kongress sich mutig für das aussprechen möge, was die Stunde fordere.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sprach Abg. Smeent (Holland) über

### Vorschläge und Voraussetzungen zur Wiederherstellung einer normalen Wirtschaft.

Die Rede war ein mutiges Bekenntnis für die Beilegung aller ungelösten politischen und wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen, ein Aufruf an alle Völker und Regierungen zur Einsicht und Mäßigung. Niemals kann die Verarmung eines oder mehrerer ihrer Glieder im Interesse der europäischen Volksgemeinschaft sein. Der Wohlfahrtszustand des einen wird im höchsten Maße beeinflusst durch den Wohlfahrtszustand des anderen. Wer da meint, er habe sich durch eine gewisse Tat eines lästigen Konkurrenten entledigt, wird bald zu der Entdeckung gelangen, daß er sich gleichzeitig eines guten Kunden beraubt hat. Die Völker müssen zu einer vernünftigen Verständigung kommen. Nur die christlichen Rechtsgrundsätze dürfen uns leiten, dann werden wir auch die Anforderungen einer gesunden Konomie nicht aus dem Auge verlieren. Die für die Wiedergutmachungen vorgesehenen Entschädigungen müssen in erheblichem Maße reduziert werden. Sie müssen auf Beträge heruntergesetzt werden, die mit der Tragkraft des deutschen Volkes in Einklang zu bringen sind. Ueber-schreitet man diese Grenzen, so verfehlt man die Bewässerung Mitteleuropas auf Jahre hinaus in die denkbar ungünstigste Lage, und dann wird die Depression auch in den anderen Ländern andauern. Durch das Präsen-tieren einer sehr hohen Rechnung erzielt man auch noch keineswegs, daß diese bezahlt wird. Und endlich vergeißt man nicht, daß man durch die Auferlegung zu schwerer Lasten Europa in große Gefahr bringt. Nichts wird dann einen Krieg verhindern können. Nichts wird das Wühlen revolutionärer Elemente verhindern können. Im Namen des Christentums, im Namen der Zivilisation, im Namen der Lebensinteressen der arbeitenden Massen in Europa muß darum der Ruf nach Ermäßigung der Kriegsschädigungen immer von neuem widerhallen. Der Redner machte entsprechende Vorschläge und schloß mit einer scharfen Hervorhebung der Notwendigkeit nach den Grund-sätzen christlicher Gerechtigkeit die Beseitigung der bestehenden Uebel anzustreben. An dem starken Beifall, dem dem Redner gezollt wurde, beteiligten sich besonders lebhaft auch die Franzosen.

Als letzter Redner sprach Carls, der Führer der belgischen Landarbeiter, über das Thema:

### Der heutige Stand der Weltwirtschaft und die Ursachen der Störungen.

Der Redner schilderte zunächst die Lage in den hoch-valutarischen Ländern, die gekennzeichnet ist durch Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und unsichere Zustände für die Arbeiter. In den valutaschwachen Ländern scheint die blühende Industrietätigkeit aufgebaut auf Kosten des Arbeitslohnes. Dazu trachtet das System des Kapitalismus danach, den Arbeitern immer wieder den sozialen Schutz zu nehmen. Bessere Zeiten stehen immer noch nicht in Aussicht. Struppellose Finanzmänner benutzen den heutigen Zustand zu ihrer Bereicherung. Es muß der Anschein, daß eine unsichere Finanzmacht diktiert, verschwinden, wenn Arbeiter und Unternehmer zu einem erträglichen Verhältnis gelangen sollen. Obwohl man uns das Recht abspriicht, da mitzureden, erklären wir feierlich, daß bessere Zustände nur angebahnt werden können nach Beseitigung der internationalen Schwierigkeiten. Für ihre Lösung muß die Gerechtigkeit und Liebe maßgebend sein und insbesondere muß die Reparationsfrage nach diesen Gesichtspunkten unter gebührender Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit des Schuldners gelöst werden.

## Perlen deutscher Städte

### 1. Nürnberg

Wenn wir den Namen Nürnberg hören, denken wir nicht an die moderne Industrie- und Handelsstadt, zu der es sich seit den vier Jahren des vorigen Jahrhunderts mit mächtigem Schwunge erhoben hat, nicht an seine Automobilfabriken, wie die Siemens-Schuckert-Werke, nicht an seine weltberühmten mechanischen und optischen Erzeugnisse, nicht an seine Lederver- und Feinleinwand-, und kaum an seine Lederwaren, sondern an seine berühmten Spielwaren. Bekanntlich erhielt diese silberne Stadt Nürnberg vor uns keine unwürdige Lebens- und Arbeitshäute eines Abtes, des Dürer, des deutschen Reiches, des Schmiedes und Dürers Hans Sachs, des Bildhauers Peter Vischer, des Erzschneiders Peter Vischer, des Gründers der Tischlerei der Nürnberger Eisen- und Peter Vischer, kurz die echte mittelalterliche, unerschütterliche, freie Reichsstadt. Es ist das glänzende Nürnberg etwa des 13. bis 16. Jahrhunderts, das nach seiner legendären Romanik jedesmal immer wieder glanzvoll wiederkehrt. Wir verstehen es, daß hier die alten deutschen Kaiser seit Heinrich IV. zum 1100. Jahr und so weiter, daß sie mit Fortsicht hier Reichstage abhielten, daß sie dieser Stadt die Reichsminister anvertrauten, wie sie von 1121 bis zum Untergang des alten deutschen Reiches im Jahre 1806 verblieben, in dem auch die alte Reichsstadt an das neue Königreich Preußen fiel.

Das wirtschaftliche Nürnberg, das ursprünglich zum ersten Male im Anfang des 11. Jahrhunderts erwähnt wird, bestand in seiner alten Ausdehnung zu beiden Seiten der Regnitz bis weit in das neunzehnte Jahrhundert hinein. Noch heute steht die gewaltige Sandsteinmauer, die unversehrt durch mächtige Türme und Löcher hin und wieder unterbrochen und wohl bewahrt. Von diesen Mauern über die Stadt hinweg, wenn wir uns auf die alte Nürnberger Burg begeben, wo die Regensburger Burggrafen, späteren Könige von Bayern, ihren Ansitz nahmen. Sie ist zwar nicht in einheitlicher Linie aufgeführt, wohl aber durch die gewaltigen Lybdenmauern, die überall wie für die Sicherheit aufgerichtet sind, vollkommen als Einheit. Am Fuße dieser

Burg hat sich allmählich die reiche und glückliche Stadt des Mittelalters entwickelt. In ganz eigener Schönheit liegt sie nun unter uns, mit ihren dichtgedrängten Gassen, ihren prächtigen, bunten Häusern, ihren zahlreich ragenden Kirchen, ihren trotzigen sturmen Türmen, eingegrenzt von dem mächtig-eisernen Gürtel der Festungsmauer: das Bild einer altdeutschen und urdeutschen Stadt!

Da setzen wir im Hintergrunde, nahe am Bahnhof, die Marienkirche (11. Jahrh.), in der die Meister ihrer Künste und Spiele abhielten. Näher zu uns, an der Hauptstraße, liegt die Markthalle (15. Jahrh.), die einst als Marktplatz, jetzt als Markthaus dient. Ihre Säulen sind an Einfachheit und Schönheit nicht zu überbieten, und wir erblicken in ihr ein Vorbild für unser heutiges Streben. Dort ragt das weltberühmte Gemälde die Maria mit dem Kinde, eingerichtet in den Künsten eines ehemaligen Karlsruher-Malers. Das eine fast identische, unerregliche Leberstück über die Denkmäler der deutschen Kultur- und Kunstentwicklung gibt.

Eine der schönsten Kirchen Nürnbergs, jetzt protestantisch, ist die gotische Lorenzkirche (13. Jahrh.). Zwei stolze 77 m hohe Türme flankieren die prächtige Fassade mit ihrem historisch-wichtigen Hauptportal, der 16 m hohen Westtürme und dem zierlichen, turmgekrönten Ostturm. Die Glasfenster im Inneren sind von unschätzbarem Werte, besichtigen das Sakramentshäuschen von Adam Straß. Das räumlich um Darstellungen der Passion in ungewöhnlicher Zierlichkeit immer höher hinauf, bis es endlich in einer Höhe von etwa 20 m in einem gebogenen Strebepfeiler ausläuft.

Kaum weniger schön ist die Frauenkirche, nahe dem Hauptmarkt. Sie ist von starkem, in Spätgotik an Stelle einer der verhaltenen Stützungen mit überaus reich geschmückter Fassade und besonders verziertem Portal umgeben worden. Ueber der Vorhalle befindet sich eine Empore, die das würdige Seitenstück zur Straßburger Westtürme ist. Ihre Fassade: Um 12 über ziehen hier nämlich die Kuppeln mit Verzierungen vor dem Thronen des Karl IV. wie in Straßburg die Apsis vor Christus, vor.

Unvergessliche Kunstwerke birgt auch die alte Sebalduskirche. In ihr befindet sich das Meister-

werk des Erzgießers Peter Vischer, des Sebaldusgrab. In Gestalt einer gotischen Kapelle, deren Pfeiler die 12 Apostel bilden, umschließt dieses Grabmal den silbernen Sark mit den Gebeinen des hl. Sebaldus († 801), der in dieser Gegend das Evangelium gepredigt hat. Außerdem ist die Kirche durch eine großartige Kreuzigungsgruppe von Zeit Stof über dem Hauptaltar, durch prächtige Glasmalereien, durch Gemälde von Dürer, Cranach, durch Skulpturen von Kraft und anderen großen Meistern geschmückt. Im dem Pfarrhaus dieser Kirche befindet sich eine unbeschreiblich schöne Erker, der in Dreieckform auf eigenem gotischen Fuße angelehnt ist. Diese schöne Art von Erker, wenn auch nicht so kunstvoll, findet man in Nürnberg noch öfter: sie geben dem Straßenbild etwas ungemein Behagliches.

Der Mittelpunkt der Stadt ist natürlich der Marktplatz. Auf ihm steht der schlanke, gotische „Schöne Brunnen“, das Prachtwerk eines kleinen Steinpyramide. Nahebei erhebt sich das lebenswerte Rathaus in mächtigen Formen. Hier fand 1649 das große Friedens-mahl zur Beendigung des Dreißigjährigen Krieges statt.

Von dem Wohlstand und Kunstsinne der damaligen Bürger legt eine Reihe glänzender Wohnhäuser Zeugnis ab. Ganz einzigartig, hauptsächlich durch Fassade und Schmuck und Form des inneren Hofes sind etwa das Rastauerhaus und das bezeichnete Fellerhaus. Außerdem wird jeder deutsche Besucher das Geburts- und Wohnhaus Dürers und Sachs' ehren, sowie bedächtig in ihrem alten Stammlokal, dem „goldenen Fohlsion“, einen Schoppen Wein trinken.

Unverleßlich ist jedem, der einmal Nürnberg gesehen hat, der Eindruck dieser Stadt, und begeistert wird er immer den Worten Schenkenboris zustimmen:

„Wenn einer Deutschland kennen und Deutschland lieben soll, Wird man ihm Nürnberg nennen, Der edlen Künste voll: Dich, nimmer noch veraltet, Du treue, reich'ge Stadt, So Dürers Kraft gewaltet, Und Sachs' gejunen hat.“

Georg Romoht.

Am letzten Verhandlungstage wurde im Anschluß an die Beschlüsse über die soziale und wirtschaftliche Lage der Bauerschaft nach längeren Kommissionsberatungen eine wichtige Entscheidung

**eine wichtige Entscheidung**

angenommen. Der Internationale Bund der Christlichen Bauerschaften fordert darin:

1. daß in der Haltung der Regierungen und der Beamten die Herrschaft der christlichen Grundsätze wahren Friedens und gegenseitiges Vertrauen hergestellt werden;

2. daß die Völker anerkennen sollen als Glieder der Menschheit aneinander angewiesen zu sein, und daß in der Weltwirtschaft der Welt aller Völker als Käufer die Arbeitstätigkeit von Millionen Produzenten bedingt;

3. anzuerkennen, daß, um die Produktion und den Genuß der Güter wieder auf gesunde Wege zu leiten es notwendig ist, die künstlichen Preisverhältnisse, die in der zunehmenden Welt und der in vielen Ländern bedauerlich verwickelteren Lebenshaltung ihre Ursachen finden, aus dem Wege zu räumen und dafür eine Stabilisierung der Welt durch energische Maßnahmen baldigst herbeizuführen werden muß.

4. Eine endgültige Regelung der Schulden aller Länder ist dadurch anzustreben, daß die aus dem Kriege herrührenden Verpflichtungen der europäischen Länder zu Amerika und die Schulden der westeuropäischen Länder untereinander getilgt werden und daß auch die für die unterlegenen Länder festgestellten Summen der Kriegsschuldigungen unbeschadet der Verpflichtung des Wiederaufbaues im Rahmen des wirtschaftlich möglichen herabgesetzt werden müssen.

Weiter wird noch gefordert größtmögliche Beschränkung aller unproduktiven Ausgaben, insbesondere der Rüstungsausgaben, und daß die Kosten der Belastung zugunsten der Wiederherstellung herabgesetzt werden. Am Schluß fordert die Entscheidung, daß die Arbeiterklasse sich mit aller Kraft gegenüber der in vielen Ländern wachsenden sozialen Reaktion in Abwehr stellt und sich ihre Freiheiten und Rechte, vor allem auch das Mitbestimmungsrecht im Wirtschaftsleben sichert. Die christliche Arbeiterklasse aller Länder wird aufgefordert, sich für die Ausführung dieser Entscheidung einzusetzen.

Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche bisherigen Mitglieder des Vorstandes wiedergewählt.

Folgender Antrag Ballinich (Deutschland) betr. Genossenschaftswesen und Selbsthilfebemühungen wurde einstimmig angenommen:

„Der II. Kongress des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften der Welt richtet an die Volkserretoren und Regierungen die Forderung, dem Genossenschaftswesen und überhaupt den wirtschaftlichen, auf die Hebung der Kaufkraft des Lohnes gerichteten Selbsthilfebemühungen der Arbeitnehmer nicht nur keinerlei Hindernisse in ihrer Entwicklung zu setzen, sondern diese Bemühungen kräftig zu fördern. Der Kongress fordert die christlichen Arbeitnehmer der Welt auf, ihre schon bestehenden Genossenschaften zu unterstützen und dort, wo solche wirtschaftliche Selbsthilfebemühungen noch nicht bestehen, an die Durchführung derselben heranzugehen.“

Die heutige Zeit fordert die Einsetzung aller erlaubten wirtschaftlichen Mittel, um die ökonomische und soziale Lage der breiten Arbeitnehmerschichten aller Länder zu heben und neuen gerechtem Wirtschaftsmethoden zum Durchbruch zu verhelfen.“

Weiter wurde ein von der französischen Delegation eingebrachter Antrag angenommen, der sich auf den 2. und 3. Tag der Durchführung des Acht-tages bezieht.

**Allgemeines**

**„Experimente großen Stils“**

hatte kürzlich der unabhängig-sozialistische Professor Ballod gefordert — er meinte natürlich auf dem Gebiete der Sozialisierung. Der mehrheitssozialistische „Vorwärts“ erwiderte ihm, daß die „Volkswirtschaft nicht der Gegenstand von „Experimenten“ sein kann“. Diese Forderung des „Vorwärts“ nennt Professor Ballod „Stumpfheit“. Er meint: „Mit demselben Rechte, mit derselben Logik müßte man den Bau eines jeden neuen Hauses, einer jeden neuen Fabrik, eines jeden neuen Bahnhofs bekämpfen.“ Das war wirklich nicht geistreich von dem Herrn Professor, und der „Vorwärts“ hatte deshalb die Antwort leicht: „Experimente, Herr Professor, sind Versuche, die man macht, um Erfahrung zu gewinnen. Häuser, Fabriken, Bahnen baut man aber nicht, um Erfahrungen zu machen, sondern zum Wohnen, Produzieren und Fahren. Das sind keine Experimente, sondern das Gegenteil davon.“ Was der „Vorwärts“ gemeint hat und was er aufrechterhalten will, sei dies: „Wo es sich um das Glück und das Wohlergehen arbeitender Menschen handelt, darf man nicht ins Blaue hinein experimentieren, sondern muß, auf Erfahrung fußend aufbauen und erweitern, was dem Allgemeinwohl dient.“ — Man darf sich dieser, von fortschreitender Einsicht zeugenden Erkenntnis des „Vorwärts“ endlich freuen. Hoffentlich wird von seinen Anhängern nicht überall danach verfahren. Wir glauben uns zu erinnern, daß auch von mehrheitssozialistischer Seite Experimente bedenklicher Art gefordert worden sind, z. B. die sofortige und allgemeine Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Welches Unglück wäre daraus für das

**Am 29. Juli 1922 ist der einunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.**

deutsche Volk entstanden! Nein, für solche Experimente großen Stils sind die Verhältnisse, sind vor allem die Menschen wirklich noch nicht reif. „Auf der Erfahrung fußend aufzubauen und zu erweitern, was dem Allgemeinwohl dient,“ ist der einzig richtige und mögliche Weg.

**Die rückständige Arbeitslohnung aus der Zeit der englischen Kriegsgefangenschaft**

haben zahlreiche ehemalige Kriegsgefangene noch nicht erhalten. Im Interesse der Anspruchsberechtigten hat sich der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter, Berlin NS 18, der Reichstagsabgeordnete Thiel, mit der Reichsregierung ins Benehmen gesetzt. Über die Gründe, die die Auszahlung seither unmöglich machten, äußert sich das Reichsfinanzministerium in seinem Schreiben an Herrn Thiel wie folgt:

„Die Auszahlungen für rückständige englische Arbeitslohnung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener konnten erst nach Eingang der von der englischen Regierung aufgestellten Guthabenslisten erfolgen. Diese Listen trafen ein, nachdem die Heimkehrer bereits aus der Gefangenschaft zurück waren. Aus diesen Listen allein ist zu ersehen, welcher Betrag an rückständiger Arbeitslohnung, Postgeld usw. jedem einzelnen Heimkehrer zusteht. Sie bilden daher die einzige Unterlage zur Auszahlung dieser Gelder. Der Eingang der englischen Listen war es nur möglich, den Heimkehrern auf Grund der von ihnen angemeldeten diesbezüglichen Forderungen Vorschüsse bis zu 100 % aus Reichsmitteln zu zahlen, sofern glaubhaft gemacht werden konnte, daß ein Anspruch bis zu dieser Höhe bestand.“

Die Auszahlungen nach den englischen Listen sind bereits seit Monaten im Gange, erfolgen durch die Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen, Berlin SW 68, Schützenstr. 3, und zwar zu dem Ende des Tages, an dem die Heimkehrer das Durchgangslager passierten, wobei aber infolge der Schwierigkeiten, als die Heimatsadressen der Empfangsberechtigten in den englischen Listen fehlten und diese erst ermittelt werden mußten.

Hiernach wäre es also dringend erwünscht, daß die Anspruchsberechtigten unter Einwendung ihrer Answeise sich mit der genannten Hauptkasse in Verbindung setzen.

**Die Stilllegung der Rotenpresse**

Der Berliner Buchdruckerstreik ist, abgesehen von allen anderen, infolge von allgemein volkswirtschaftlichem Interesse gewesen, als er sich auch auf die Reichsdruckerei erstreckte und damit zu einer vorübergehenden Stilllegung der Rotenpresse führte. Die Wirkungen waren so eigenartige, daß es sich verlohnt, darüber ein Wort zu verlieren. Zunächst fiel der Streik ohnehin schon in eine Periode allergrößter Knappheit am Geldmarkt. Die Unsicherheit der politischen Lage und das Nichterscheinen der Zeitungen schufen an der Berliner Börse an einigen Tagen eine Panikstimmung, die ihren höchsten Ausdruck in einer maßlosen Wäntenkammererei und rasanten Kursstürzen der Markt fand. Hierdurch wurden naturgemäß dem inländischen Geldmarkt enorme Beträge flüssiger Mittel entzogen, so daß die Rotenpresse unter allen Umständen größte Mühe gehabt hätte, den wachsenden Bedarf an Papiergeld zu decken. Durch den Streik entstand daher eine besonders schwierige Lage. Nicht nur in der Reichshauptstadt, sondern auch in der Provinz machte sich der Geldmangel stark bemerkbar. Es fehlte ganz besonders an Noten zu 100 % und 1000 %. Bei den Lohnzahlungen usw. mußten vorwiegend Schecks zu 20, 10 und 5 % und bekenntnis noch zu 50 % Verwendung finden. Wäre der Streik zeitlich mit einem Besetzungstermin der staatlichen Beamten und Angestellten zusammengefallen, so wäre die glatte Auszahlung der Gehälter sicher auf große Schwierigkeiten gestoßen. Es ist durchaus kein Geheimnis, daß man in der Regierungserwartung wegen dieser verhängnisvollen Knappheit an Zahlungsmitteln aufs äußerste zurückhaltend war und schwere Störungen im gesamten Zahlungsverkehr und Güterumlauf befürchtete.

Der Sozialist wird sicher in nächster Zeit noch Anlaß zu lebhaften Erörterungen geben. Er zeigt jedenfalls, daß eine Stilllegung der Rotenpresse in Deutschland von heute auf morgen gar nicht denkbar ist, da eben dem Staate dank der jaumeligen Arbeit unserer gesamten Steuererhebung die Mittel für seine notwendigsten laufenden Ausgaben vorläufig in der Hauptsache aus der Rotenpresse zusteßen.

**Erhöhte Werbungskosten der Kriegsbeschädigten**

Zahlreichen Kriegsbeschädigten, insbesondere den Prothetikträgern, erwachsen für Fahrkosten, wie für den Mehrverbrauch von Hemden, Unterwäsche, Strümpfen und Schuhen erhebliche Kosten. Bei Kriegsblinden treten im allgemeinen noch erhebliche Ausgaben für einen Führer, einen Führerhund und für Fahrgehalt für Begleitpersonen

ein. Wie nun der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundener, Berlin NS 18, mitteilt, hat der Reichsminister der Finanzen in einem Erlaß — Nr. E. 880. — angeordnet, daß diese besonderen Umstände bei Prüfung der Anträge auf Erhöhung der Werbungskosten zu berücksichtigen sind. In dem Erlaß heißt es u. a.:

„Auf Antrag ist eine Erhöhung der zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 Einf. St.-G. zulässigen Abzüge eintretenden Ermäßigung in Höhe von 540 % zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zuzurechnenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 den Betrag von 5400 % um mindestens 450 % übersteigen (§ 46 Abs. 2 Nr. 3 a. a. O.). Es muß demnach dem Steuerpflichtigen, der höhere Abzüge als 5400 % jährlich geltend machen zu können glaubt, überlassen bleiben, mit einem Antrage auf Erhöhung des Betrages von 5400 % an das Finanzamt heranzutreten. Dem Finanzamt muß im Einzelfalle die Prüfung vorbehalten bleiben, ob und inwieweit eine Erhöhung des Betrages zuzulassen ist.“

Der Minister weist dann weiter darauf hin, daß keine Beschränkungen unter allen Umständen zu unterlassen sind. Glaubhafte Angaben, daß nach der Erfahrung des letzten Jahres und unter Berücksichtigung der zunehmenden Teuerung mit ziemlicher Sicherheit höhere Aufwendungen zu erwarten sind, sollen als ausreichend angesehen werden.

**Evangelische Sekretärwoche**

Für die evangelischen Beamtinnen und Beamten der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung findet vom 6.—10. August 1922 (einschließlich) in Bethel bei Bielefeld eine Bibelwoche statt; dieselbe wird alljährlich von der evangelischen Sekretärvereinigung veranstaltet. Näheres teilt die Geschäftsstelle der Evangelischen Sekretärvereinigung, Berlin-Spandau, Evangelisches Johannesstift, Stoeckerhaus, mit.

**Wirtschaftliche Bewegung**

**Bezirk Bochum**

**Lohnvereinbarung für das Siebbaugewerbe**

Am 12. Juli 1922 fanden in Essen zwischen den Vertretern des Reichsverbandes für das Siebbaugewerbe und den Vertretern der beiden hier in Betracht kommenden Banarbeiterverbände Lohnverhandlungen für den Bereich des inneren Industriegebietes statt. Diese waren deshalb sehr schwierig, weil der Reichsverband für das Siebbaugewerbe den letzten Schiedsspruch nicht anerkennt und keine Mitglieder die Lohnerhöhung von 3 % pro Stunde ab 6. Juni 1922 nicht gezahlt hatten. Nach fünfständiger Verhandlung wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Der Lohn der Siebbauarbeiter wird mit Wirkung vom 8. Juli 1922 auf 35 % festgesetzt in der Weise, daß 1. als Abgeltung für den nicht angenommenen Schiedsspruch von 8. Juni 1 % in Rechnung kommt für die Zeit vom 8.—30. Juni; 2. 3 % ebenfalls auf Grund des Schiedspruches vom 8. Juni, und 3. weitere 6 % als neue Lohnzulage auf Grund der damit erledigten Forderung vom 8. Juli 1922. Alle Anpassungsmaßnahmen werden sofort aufgehoben. Der Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes vom 8. Juni findet damit keine Erledigung.“

Am 11. Juli wurde auch für die Handgebiete Münster- und Sauerland verhandelt und vereinbart, daß im Sauerlande ab 8. Juli der Stundenlohn der Siebbauarbeiter von 25 % auf 35 %, und im Münsterlande ab 15. Juli von 23,50 % auf 35 % erhöht wird.

**Lohnverhandlungen für das Hoch- und Betonbaugewerbe**

Am 18. Juli fanden im Bezirkslohnamt für das Baugewerbe zu Essen Lohnverhandlungen für die Vertragsgebiete Industriebezirk, Sauerland, Münsterland und Siegen statt. Da durch Verhandlungen keine Einigung zu erzielen war, wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach der Stundenlohn der Arbeiter im Industriebezirk von 20 % auf 27 %, der Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter von 20 % auf 26 % und der Stundenlohn der Siebbauarbeiter von 28 % auf 31,50 % erhöht wird.

Für das Sauer- und Münsterland erfolgt ebenfalls eine Lohnerhöhung von 7 % bezw. 6,50 % für die Siebbauarbeiter pro Stunde. Für das Vertragsgebiet Siegen wurde für alle Berufsstände eine Lohnerhöhung von 6,50 % pro Stunde vereinbart. Diese Lohnerhöhung wird ab 17. Juli einschließlich gezahlt. Diejenigen Unternehmer, welche den Siebbauarbeitern die letzte Lohnerhöhung von 3 % pro Stunde nicht gezahlt haben, müssen ab 17. Juli statt 27,50 % 7 % pro Stunde Lohnzulage, bezw. statt 34,50 % 35 % Stundenlohn zahlen.

Die Parteien sind verpflichtet, bis Montag, den 24. Juli 1922, abends, dem Bezirkslohnante mitzuteilen, ob sie den Schiedsspruch annehmen.

**Verbandsnachrichten**

**Bethel.** Am 9. Juli fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Kassierer Hermann Lange gab den Abrechnungsbild und wurde darauf von den Mitgliedern entlastet. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Theodor Bieffer; Stellvertreter Joseph Freier; 1. Kassierer Nikolaus Sartorius; Hauskassierer August Smidderel und Johann Koloski; Kassierenvorsoren Joseph Freier und Otto Kopt. Dem Kassierer wurde eine Jahresentschädigung von 300 % bewilligt.

**Bezirkskonferenz, Paderborn.** Am Sonntag, den 18. Juni, fand die ordentliche Bezirkskonferenz statt. Die Einberufung derselben war notwendig geworden, um zu den Beschlüssen der Generalversammlung des Verbandes Stellung zu nehmen und auch zur Regelung anderer wichtiger Angelegenheiten. Die Konferenz war besetzt von 42 Delegierten, es fehlten infolge schlechter Fernverbindungen und sonstiger Verhältnisse 12 Verwaltungsstellen. Der Bezirksvorstand war vollständig durch sieben Kollegen vertreten, und von der Zentrale war der 2. Vorsitzende, Kollege Schmidt, anwesend. Kollege Werner gab den Geschäftsbericht für den Zeitraum von zwei Jahren. Auf der Konferenz 1920 zählten wir in 13 Verwaltungsstellen 2150 Mitglieder, jetzt sind es 17 Verwaltungsstellen mit 2660 Mitglieder. Der Mitgliederstand wäre noch höher, wenn nicht eine große Anzahl Kollegen des besseren Verdienstes wegen im Industriegebiet Arbeit suchte. Festgestellt wurde, daß die Verwaltungsarbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt wurden, dabei soll nicht vergessen werden, daß noch vieles verbessert werden muß. Insbesondere müssen die Berichterstattungen an die Bezirksleitung und den Hauptvorstand besser erfolgen betreffs der Lohnbewegungen, Bauarbeiterchris, Baumfälle und Arbeitslosigkeit. Die Abrechnungen und das statistische Material müssen genau ausgefüllt und pünktlich eingesandt werden. Hierin muß unbedingt Wandel geschaffen werden! Dieses ist insbesondere Aufgabe der Vorstände. Die Arbeitslosigkeit konnte sich nicht in der gewünschten Weise entwickeln aus den bekannten Gründen. In letzter Zeit konnte in den ländlichen Gebieten eine bessere Bautätigkeit festgestellt werden. Die Lohnbewegungen haben fast die ganze Kraft der Bezirksleitung in Anspruch genommen. Die Unternehmer haben stets schärfsten Widerstand entgegengesetzt, in verschiedenen Teilen mußte es wiederholt zur Arbeitseinstellung kommen, weil die Unternehmer sich weigerten, die Schlichtungsprämie anzuerkennen. Für die gestiegenen Verufe vollzog sich die Lohnfrage wesentlich günstiger als für die ungelerten. Die Löhne gestalteten sich in folgender Weise: Ende Mai 1920 betrug der Lohn 3,30 bis 4,95 M., dagegen Ende Mai 1922 betrug der niedrigste Lohn 18 M. und der Höchstlohn 27 M. In diesen Lohnjahren drückt sich die furchtbare Entwertung des Geldes und die schlechte Lage der Bauarbeiter aus. Die erhöhten Löhne konnten nicht den genügenden Ausgleich schaffen gegen die stark fortschreitende Teuerung auf allen Gebieten. Die Bauarbeiter hatten durch den harten Frost im Dezember 1921 und Januar und Februar 1922 viel an Lohn einzubüßen. Es verkörpert sich in den Lohnjahren aber eine Unannehmlichkeit von Arbeit, welche oftmals nicht in genügender Weise gewürdigt wird. Am Schlusse des Berichtes dankte Kollege Werner den Vorständen, Kassierern und allen Vertrauensleuten für die treue Mitarbeit, desgleichen auch dem Hauptvorstande, dem nur durch das einträchtige Zusammenarbeiten sei die Lebenslage der Kollegen verbessert worden und konnte die Organisation sich besetzen.

In der Ansprache wurde von allen Rednern anerkannt, daß wir ein gutes Stück vorangekommen sind, wenn es auch noch viel zu verbessern gibt. Der Bezirksleitung und dem Zentralvorstande wurde volles Vertrauen ausgesprochen für die geleisteten Arbeiten. Der Bericht über den Verbandstag wurde dem Kollegen Eberg gegeben. Er erläuterte die von der Generalversammlung getroffenen Einrichtungen und die Neuregelung der Satzungen und Unterstützungsanstaltungen. Der Kollege Schmidt vom Hauptvorstand gab ebenfalls noch weitere Ausführungen über den Verbandstag. Es erübrigte sich, weitere Ausführungen zu machen, weil schon in der „Baugewerkschaft“ ausführlich darüber berichtet ist. Die hier einwirkende rege Ansprache richtete sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und versprach, für die Durchführung zu sorgen. Der Bericht über den Stand der Bezirkskassen gab Kollege Werner in ausführlicher Weise. Die Einnahme betrug 20.841,93 M. und die Ausgabe 12.319,16 M. Es verbleibt ein Bestand von 8.522,77 M. Die Kassenprüfer Eilbrodt und Born haben Einnahme und Ausgabe sowie die Belege in geordnetem Zustand vorgefunden und es wurde Entlastung erteilt. In der Ansprache wurde über den weiteren Ausbau der Bezirkskassen beraten und es wurden Richtlinien aufgestellt, welche Beiträge an die Bezirkskassen abzuführen sind. Diefelben wurden angenommen und der Bezirksvorstand wurde ermächtigt, die weiteren Maßnahmen zu ergreifen, damit die Aufgaben der Organisation erfüllt werden. (Eine diesbezügliche Aufstellung in den Vorständen zugehört.) Bei der Beratung der Anträge wurden einige schon vorher zurückgezogen und die übrigen wurden dem Hauptvorstande und der Bezirksleitung zur Erledigung überwiesen. In den Bezirksvorstand wurden gewählt Johannes Eberg, Eilbrodt, Joh. Sühbath, Adolf Westphal, Alois Born, Joh. Bernhardt. Bei wichtigen Anlässen ist der Bezirksleiter befugt, aus den einzelnen Teilen des Bezirkes zu den Beratungen des Bezirksvorstandes Kollegen heranzuziehen. Der Kollege Schmidt hielt einen gut durchdachten Vortrag über die Lage des Baugewerbes und über die weinwirtschaftlichen Vorgänge. Insbesondere zeigte er den immer größer werdenden Einfluß, welchen die christliche Gewerkschaft auf allen Gebieten genommen hat; es gibt, diesen in Zukunft noch weiter auszuweiten. Darum muß der Ausbau der gesamten christlichen Arbeiterbewegung und insbesondere des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands mit aller Energie durchgeführt werden. Dieser Besatz wurde dem Redner gespendet. Hieran sprach Kollege Werner ein kurzes Schlusswort und dankte den Delegierten für ihre Anwesenheit und einmütiges Zusammenarbeiten und ermahnte, nun in der Heimat für die Durchführung der Beschlüsse zu sorgen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter wurde die gut verlaufene Konferenz um 5 1/2 Uhr geschlossen.

**Vom Eichsfelde**  
Am 16. Juli fand morgens in Duderstadt und nachmittags in Leinefelde je eine Konferenz statt. Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag und der Bezirkskonferenz, Einführung eines Verwaltungsstellenstatuts und Verjährungsverordnungen. Die Konferenzen, insbesondere die Leinefelder, waren sehr gut besucht. Neben dem Kollegen Gagemeyer war auch unser Bezirksleiter, Kollege Zumbrodt, anwesend. Dieser die Berichte vom Verbandstag und der Bezirkskonferenz braucht hier nicht berichtet zu werden. In Leinefelde, wo mehr Zeit zur Verfügung stand, verband Kollege Zumbrodt den Bericht vom Verbandstag mit einer Uebersicht über den Stand und den Einfluß unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung in der heutigen Zeit. Dieser Vortrag fand bei den alten wie jungen Gewerkschaftlern begeisterte Aufnahme. Besonders war die Tatsache, daß viel junge Kollegen, besonders aus neugegründeten Ortsgruppen, anwesend waren, die also den Schützenfest- und Kirchrummel mieden und lieber dort hingingen, wo praktische Standesarbeit geleistet wurde. Möge unsere Jugend sich daran allgemein ein Beispiel nehmen! Auf der Bezirkskonferenz in Hannover war beschlossen worden, in allen Verwaltungsstellen ein einheitliches Verwaltungsstellenstatut einzuführen. Auf beiden Konferenzen wurde der vom Kollegen Zumbrodt vorgelegte Entwurf einstimmig angenommen. Auch der Beschluß, den ganzen Bezirk in Unterbezirke einzuteilen und aus den einzelnen Unterbezirken Vertreter in den Bezirksausschuß zu wählen, fand Zustimmung und wurden die notwendigen Wahlen getätigt. Im Punkt „Verjährungsverordnungen“ wurden insbesondere die Lohnbewegungen besprochen. Es wurde allgemein anerkannt, daß es gerade unser Verband ist, der auf dem Eichsfelde mit vollem Erfolg die Interessen unserer Kollegen und der gesamten Arbeiterchaft vertritt. Lebenslage wurde über manche Kollegen geführt, die bisher in anderen Bezirken gearbeitet haben oder Scharwerkerarbeiten ausführen, sich aber jetzt mehr als notwendig bei hiesigen Arbeitgebern zu arbeiten drängen und uns dadurch die Lohnbewegungen erschweren. Auch in Verbandsangelegenheiten, insbesondere bei der Auszahlung von Unterstützungen und im Bezug von beitragsfreien Marken, glauben viele auswärts arbeitende Kollegen, daß die hiesigen Ortsgruppen eigens dafür eingerichtet sind, um die Trübsal derer oder Bequemlichkeit lauer Kollegen zu unterstützen. Möge man sich ein für allemal merken, daß die Kollegen dort, wo sie Beiträge zahlen, auch ihre Unterstützungen und die ihnen etwa zustehenden beitragsfreien Marken beziehen müssen. Dem entsprechend wurde auch beschlossen, für die im Winter zurückbleibenden Kollegen, wenn sie hier Zeitungen usw. erhalten wollen, einen Kochbeitrag in der arbeitslosen Zeit von 1 M. einzuführen. Eine rege Ansprache fand über die Jugendgewinnung statt. In vielen Orten haben unsere Kollegen erfreuliche Resultate erzielt. Nächste Aufgabe muß es sein, die Jugend nun auch zur Genüge in die Grundtatsache und Idee unserer Bewegung einzuführen, damit sie von früherer Jugend an mit dem Geiste der christlichen Gewerkschaften verwaachsen. In allen diesen Fragen gab Kollege Zumbrodt wichtige Anregungen, die, wenn sie befolgt werden, gute Früchte bringen werden. Festgestellt wurde dann noch, ob in den einzelnen Orten nicht wieder „Baugewerkschaften“ bezogen werden. Das ist eine sehr erquickliche Frage, die allernächst geübt werden sollte. Die Ueberaufgabe der „Baugewerkschaft“ ist immer noch sehr groß. (S. Schrift.) Bei dieser Gelegenheit konnte auch ein erfreuliches Sachverhalt unseres Verbandes im hiesigen Gebiet festgestellt werden. — Mit einem kernigen Schlusswort des Kollegen Zumbrodt fanden die Konferenzen ihren Abschluß. Werden alle Anregungen in die Tat umgesetzt, dann geht unser Verband auch hier einer günstigen Weiterentwicklung entgegen.

**Sparst Du was, hast Du was!**  
Darum senden die christlichen Gewerkschaftler regelmäßig ihre Spargelder im Postchecksparenverkehr an die Deutsche Volksbank A.-G., Hauptgeschäftsstelle in Essen, Schützenbahn 24.

**Don den Arbeitsstellen**  
Sautenkontrolle auf industriellen Werken und Zechen. Wir erhalten folgende Zuschrift:  
Die Nr. 27 der „Baugewerkschaft“ berichtet unter „Baumfälle“ von einem Baumfall auf der August-Itzchen-Wärte in Hamborn. In diesem Bericht heißt es am Schluß: „Dieser Unfall dürfte auch mit dazu beitragen, daß endlich den Sautenkontrollen der Zutritt zu den industriellen Werken und Zechen gewährt wird.“ Ich Unterzeichneter bin Sautenkontrollant bei der Stadtverwaltung Buer. Wir haben hier Zutritt zu allen industriellen Werken. Wir bringen uns auf eine Verfügung des Ministers für öffentliche Arbeiten und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 10. August 1906, worin es unter anderem heißt: Bei Ausübung baulicher Arbeiten sind die kommunalen Baupolizeiorgane berechtigt, die Zechenanlagen bezw. Kläbe zu betreten.  
93. Joh. Flach, Buer, Adressstr. 28, Sautenkontrollant.

**Bekanntmachungen**  
Angeschlossen ist aus dem Verbanne der Arbeiter August Stegmann, Buch Nr. 12658.  
Verwaltungsstelle Götting.

**Sterbetafel.**  
Am 18. Juni starb nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden (Darmtrabs) unser lieber Kollege, der Maurer Adam Weg im Alter von 59 Jahren. Ein vorbildlicher Gewerkschaftler ist mit ihm dahingegangen.  
Ortsgruppe St. Ingbert (Saarpfalz).  
Am 14. Juli starb unser Kollege, der Maurer-polker Franz Borgolde nach längerer schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren.  
Reichsvereinigung der Poliere, Vert. und Schachtmeister.  
Ortsgruppe Gelsenkirchen.  
Nach längerer Krankheit starb unser Kollege Jakob Gollinger (Gilsarbeiter) im Alter von 47 Jahren.  
Ortsgruppe Mühlborn.  
Ehre ihrem Andenken!

**Kartell-Beamter**  
für das Bezirkskartell der christl. Gewerkschaften Euskirchen, Rheinbach und Schleiden zum baldigen Eintritt gesucht. Es kommen nur Kollegen in Frage, die in allen gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen beschlagen und besonders auf dem Gebiete des Rechtsschutzes bewandert sind. Infolge der in Euskirchen außerordentlich ungünstigen Wohnungsverhältnisse können nur unverheiratete Kollegen bei der Besetzung der Stelle in Frage kommen. Bewerber wollen ihr Angebot unter Beifügung des Lebenslaufes und zweier Abhandlungen: „Die christlichen Gewerkschaften im Wirtschaftsleben“ und „Die Aufgaben eines Bezirkskartellbeamten“ an den Kartellvorsitzenden Joh. Sennefamp, Euskirchen, Hochstraße 28, senden.

**Bau- und Erdarbeitergenossenschaft Grüßau u. Umgegend, e. G. m. b. H. Hermsdorf-Grüßau (Kr. Landesluth).**  
Eröffnungsbilanz am 1. Februar 1921.

Aktiva (Leine)		Passiva (Leine)	
Bilanz am 31. Dezember 1921.			
Aktiva			
I. Barbestände			
Kassenbestand			100 —
II. Beteiligungen an geneigenschaftl. Unternehmungen	250 —		
Stationen	1300 —		1550 —
III. Inventarien			
Geräte und Geräte	10 912,90		
Materialien	2713 —		13 625,90
IV. Debitoren			
Bauforderungen	2 172,40		
sonstige Forderungen	1 000 —		3 172,40
			18 448,30
Passiva			
I. Eigene Betriebsmittel			
Anteile der Mitglieder	4 400 —		
Eintrittsgelder	110 —		4 550 —
II. Fremde Betriebsmittel			
Darlehen			1 000 —
III. Kreditoren			
Lieferantenschulden	3 160 —		
per Buch und sonstige Schulden	1 795,10		4 955,10
IV. Rohgewinn			7 943,20
			18 448,30

**Verlust- und Ueberschussrechnung am 31. Dezember 1921.**

SOLL		HABEN	
An allgemeinen Geschäftskosten	1 910,90		
unproduktiven Löhnen	1 199,65		
sozialen Versicherungen	1 053,60		
Abreibungen auf Geräte und Geräte	3 500 —		
Zinsen	154,15		
Steuerrücklagen	500 —		
Steuerrücklagen	260 —		
Reisereservefonds	786 —		
Sozialfonds	786 —		
	10 150,30		
		Haben	
Per Bruttoüberschuss auf Baukonto		10 150,30	
			10 150,30

**Mitgliederbewegung:**  
Bei der Gründung eingetreten . . . 22 Mitglieder  
Neu eingetreten . . . . . 6  
Ausgeschieden . . . . . 28 Mitglieder  
Am Schluß des Geschäftsjahres . . . 23 Mitglieder  
mit 27 Anteilen und 5400 M. Haftsumme  
Hermsdorf-Grüßau, den 13. April 1922  
Vorstehende Bilanz nebst Verlust- und Ueberschussrechnung geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.  
Der Vorstand:  
Paul Joemann, Josef Joemann,  
Josef Springer.  
Der Aufsichtsrat:  
Karl Hoffmann, Heinrich Müller,  
Paul Bachmann.